



Biwöchlicher Monatspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl.
Porto 2 Thlr. 11 $\frac{1}{4}$ Sgr. Insertionsgebühr für den Raum einer
fünfteljährigen Zeile in Zeitung 1 $\frac{1}{2}$ Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-
anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag
einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 20. Mittag-Ausgabe.

Sechsundvierzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt.

Donnerstag, den 12. Januar 1865.

Preußen.

Berlin, 11. Jan. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allgemein gestattet, daß dem Kaiserl. österr. Major Wirk. Geh. Rath und Oberst-Hofmeister Ihrer Majestät der Kaiserin Mutter v. St. Julianen Grafen zu Wallsee den rothen Adlerorden erster Klasse, dem kurfürstl. hessischen Geh. Ober-Baurath Lange zu Kassel den rothen Adlerorden zweiter Klasse, dem königlich sächsischen Ober-Zoll-Inspector Kehler zu Leipzig den rothen Adlerorden vierter Klasse, dem Kaiserl. österr. Hofrat Dr. Ritter v. Seesburger, ersten Leibarzt Sr. Maj. des Kaisers, dem königl. bayerischen Post- und Eisenbahn-Verwalter v. Lewenhoff zu Starnberg, dem Commerzienrat Friedrich Voigtlander zu Braunschweig, dem Dr. med. Ludwig August Frankl zu Wien und dem Buchdruckereibesitzer Anton Ritter v. Antonelli zu Benedig den königl. Kronenorden vierter Klasse zu verleihen. Den bisherigen Privatdozenten bei der philosophischen Fakultät und ersten Kustos des Herbariums, Dr. Hanstein in Berlin, zum ordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät zu Bonn zu ernennen; dem praktischen Arzt Dr. Lederer in Marienburg, und dem Kreis-Physikus Dr. Wossidlo zu Oels den Charakter als Sanitätsrat zu verleihen.

Der bisherige Gerichts-Aufsichtsrat in Ahrensburg ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Ahrensburg und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Münster, mit Anweisung seines Wohnsitzes in Ahrensburg ernannt worden.

[Bekanntmachung.] Im Verfolg meiner Bekanntmachung vom 1. I. d. Jrs. werden die Herren Mitglieder der beiden Hämmer des Landtages hierdurch ergeben, daß in Kenntniß gezeigt, daß die Eröffnung des aus den 14. d. Jrs. einberufenen Landtages an diesem Tage Mittags 1 Uhr im weißen Saale des königlichen Schlosses stattfinden, und daß zuvor um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr ein Gottesdienst für die evangelischen Mitglieder in der Domkirche, für die katholischen in der St. Hedwigskirche abgehalten werden wird. Berlin, den 10. Januar 1865. — Der Minister des Innern. — Graf zu Eulenburg.

Berlin, 11. Jan. [Se. Majestät der König] nahmen heute die Vorträge des Minister-Präsidenten v. Bismarck-Schönhausen, des Kriegs- und Marine-Ministers General-Lieutenants v. Roon, des General-Lieutenants und General-Adjutanten Freiherrn v. Manteuffel und des Oberst-Lieutenants v. Vegesack, so wie des Wirklichen Geheimen Rates, Geheimen Kabinets-Rates Illaire entgegen und empfingen den General-Major v. Frankenberger, Commandanten von Köln. Außerdem empfingen Allerhöchsteselben im Beisein des Commandanten, General-Lieutenants v. Alvensleben I., zur militärischen Meldung den f. österreichischen Oberst-Lieutenant v. Poppenheim vom General-Quartiermeisterstab, den königl. Oberst-Lieutenant v. Fabeck, die Majors Krug von Nidda und v. Zaluskiowski, und den zum königl. Ober-Marschall commandirten Rittmeister v. Hill des westfälischen Kürassier-Regiments Nr. 4.

Darauf bestätigten beide königlichen Majestäten gemeinsam die kürzlich vollendete katholische Garnisonkirche.

[Ihre Majestät die Königin] bestätigte gestern das Kronungsbild des Professors Menzel und die Sammlung älterer Bilder im königlichen Schlosse.

[Se. königliche Hoheit der Kronprinz] nahm gestern Vormittag die Meldungen des General-Majors und Commandeurs der 3. Cavallerie-Brigade, v. Pfuel, des Obersten und Commandeurs des 1. Westpreußischen Grenadier-Regiments Nr. 6 v. Glümer, der Majore v. Horn, vom 1. Pommerschen Grenadier-Regiment (König Friedrich Wilhelm IV.) Nr. 2, v. Pöhlitz, vom 3. Garde-Regiment zu Fuß des Barres, Commandeurs des Cadetten-Corps zu Bensberg, des Hauptmanns und Compagnie-Chefs im 2. Garde-Regiment zu Fuß, v. Zaluskiowski, des Hauptmanns Hindorf, vom Garde-Pionnier-Bataillon und noch einiger Offiziere entgegen.

Mittags empfing Se. kgl. Hoheit noch den f. ö. Oberst-Lieutenant im General-Quartiermeisterstab v. Poppenheim.

Bei f. ö. H. der Frau Kronprinzessin stattete Nachmittags 2 $\frac{1}{2}$ Uhr Sr. Maj. die Königin einen Besuch ab. (St.-A.)

Berlin, 11. Jan. [Die Mittheilungen der Provinz-Corresp.] Die heute erschienene Nr. der „P.-C.“ enthält eine Polemik gegen das Abgeordnetenhaus in der schleswig-holst. Sache; außerdem aber mancherlei Trostliches und Thaträichliches, und zwar besonders in Beziehung auf den Landtag. Die Eröffnung durch den König in Person steht danach wohl fest, doch scheint es, als ob in dieser Beziehung noch in der letzten Zeit in den maßgebenden Kreisen eine Differenz geherrscht habe. Was die zu machenden Vorlagen betrifft, so sagt das Blatt, es werde eingebracht werden:

„eine Vorlage in Betreff der für den Krieg verausgabten Gelder (wozu eine Anleihe bekanntlich nicht erforderlich war und auch weiter nicht beantragt wird), sobald die Rechnungen darüber vollständig vorliegen werden, —

ein Gesetz, betreffend die Fürsorge für die Militär-Invaliden und die Wittwen der im Kriege Gefallenen, —

eine Vorlage in Bezug auf die weitere Entwicklung der preußischen Seemacht, — und zwar der vollständige Gründungsplan und die Anträge in Betreff der zur allmählichen Ausführung erforderlichen Mittel, —

eine Vorlage in Betreff der Herstellung einer Kanalverbindung zwischen der Ost- und Nordsee durch Schleswig und Holstein und der Beteiligung Preußens daran, —

die Verträge über die Erneuerung des deutschen Zollvereins, sowie die Änderungen des Handelsvertrags mit Frankreich, —

eine allgemeine Wege-Ordnung, —

ein allgemeines Berg-Gesetz, —

ein Gesetz über die Gerichtsbarkeit der preußischen Konsuln im Auslande, —

Vorlagen in mehreren Eisenbahn-Angelegenheiten (zunächst in Betreff der Bahnen von Danzig nach Neufahrwasser, von Heppens nach Oldenburg, von Trier durch die Eifel nach Trier, ferner wegen der Berlin-Küstriner, der Tilsit-Insterburger, der ostpreußischen Südbahn u. s. w.); endlich

eine Anzahl Gesetzentwürfe von geringerer Bedeutung, namentlich aus dem Bereiche des Justiz- und Handels-Ministeriums.“

Die Vorlagen betreffs der weiteren Entwicklung der preußischen Marine sollen also einen genau spezialisierten Gründungsplan enthalten, den das Abgeordnetenhaus verlangte. Was die Militärfrage betrifft, so wird darüber nur gesagt, nachdem die Hoffnung ausgesprochen, es werde eine friedliche Einigung zu Stande gebracht werden:

„Wenn dies gelingen soll, so muß vor allem die endliche Ver-

ständigung über die Militärfrage, die gesetzliche Feststellung derselben unter Mitwirkung des Landtages erfolgen. Wer möchte nicht hoffen, daß die glänzende Bewährung unseres Heeres und seiner Einrichtungen dazu beitragen müsse, diese Verständigung erreichen zu lassen, obwohl die Führer der Parteien schon im voraus darauf hinarbeiten, jede solche Aussicht zu verschließen.“

Im Falle der Verständigung über die Militärfrage würde die gelegte Feststellung des Staatshaushalts für 1865, so wie die nachträgliche Erledigung der Staatshaushaltsfragen überhaupt, erheblichen Schwierigkeiten nicht unterliegen.“

Allerdings ist in diesen Worten von einer Vorlage über eine Militär-Reorganisation nicht die Rede, doch will man in gutunterrichteten Kreisen wissen, es würde doch eine etwas modifizierte Militärnovelle eingeführt werden, und wie wir hören, wird dieselbe in einer Weise modifiziert werden, welche auf eine endliche glückliche Lösung des Conflictes hoffen läßt. Über unsere auswärtige Politik und speziell über die Stellung Preußens zu Österreich in der schleswig-holsteinischen Frage heißt es:

„Die österreichische Regierung stimmt mit der preußischen darin völlig überein, daß irgend ein Vernehmen mit den übrigen deutschen Bundesregierungen in Betreff der schleswig-holsteinischen Sache nicht eher statzufinden hat, als bis darüber eine Verständigung zwischen Preußen und Österreich selbst erzielt sein wird.“

Hierdurch wird also den neuertig aufgetretenen Behauptungen, daß Österreich den Bund bei dieser Entscheidung mitwirken lassen wolle, entschieden widersprochen. Was die Reise des Prinzen Friedrich Karl betrifft, so werden unsere darüber gemachten Mittheilungen durch folgende Worte bestätigt:

„Prinz Friedrich Karl, welchem während des Feldzuges, in dem er zuletzt den Oberbefehl über die österreichischen, wie über die preußischen Truppen geführt hat, seitens des Kaisers von Österreich die höchsten militärischen Ehren durch Verleihung des Maria-Theresa-Ordens und eines österreichischen Regiments zu Theil geworden sind, bestichtigt, dem Kaiser seinen Dank dafür in einem Besuch am wiener Hof abzustatten. Die Reise hat durch eine Hofstrauer in Wien eine kurze Verzögerung erfahren.“

Die Zeitungen knüpfen an diesen beabsichtigten Besuch allerlei Gerüchte über vermeintliche politische Aufträge des Prinzen. Diese Angaben sind jedoch durchweg irrtümlich: die Reise hat durchaus keinen andern Zweck, als den oben angedeuteten.“

[Verloosung.] Das Comitee, welches eine Verloosung zum Besten der Hinterbliebenen der im dänischen Kriege Gefallenen veranstaltet hatte, hat jetzt dem Kriegsministerium die Summe von 60,000 Thlr. zu diesem Zwecke zur Verfügung gestellt.

[Der Oberbürgermeister Grabow in Prenzlau] hat, wie die „Staats-Ztg.“ berichtet, nunmehr die definitive Erklärung hierher gelangen lassen, daß er zwar seinen Sitz als Abgeordneter in der bevorstehenden Session des Hauses wieder einnehmen werde, jedoch auf dringendes Anraten seines Arges wegen seiner immer noch sehr anwirksamen Gesundheit jede andere Function im Abgeordnetenhaus, namentlich aber die etwaige Wahl als Präsident des Hauses entschieden ablehnen müsse. Es steht daher mit Sicherheit in Aussicht, daß das Präsidium des Hauses in der bevorstehenden Session von Herrn von Unruh geführt werden wird. Als Vicepräsidenten nennt man die Herren v. Bockum-Dolffs als ersten, und Grafen Schwerin-Pütz als zweiten Vicepräsidenten.

[Herrenhaus.] Die „Kreuztg.“ hört, daß dem Herrenhause in der diesmaligen Session von vornherein einige erhebliche Vorlagen zu gehen werden.

[Prinz Friedrich Karl.] Nach neuern Bestimmungen wird, wie die „Kreuztg.“ hört, Se. kgl. Hoheit der Prinz Friedrich Karl erst am Sonnabend Abend nach Wien abreisen.

[Die Mitglieder des Staatsministeriums] traten gestern Abend im auswärtigen Ministerium zu einer vertraulichen Besprechung zusammen.

* [Zur Versöhnung] schreibt heute die „Kreuztg.“ folgenden besondern Artikel:

„Durch eine loyale vertrauliche Mitwirkung würde das Abgeordnetenhaus der Regierung eine wesentliche Stütze bieten. Leider aber ist nicht das Staatsinteresse, sondern nur das tendenziöse Partei-Interesse die Rücksicht für das Verhalten der fortwährenden Mehrheit.“

Die tonangebenden Führer dieser Mehrheit haben schon bei wiederholten Anlässen sich offen als Feinde der bayerischen Interessen hingestellt. War doch ihr Gebaren mitunter von der Art, als könnte ihre wegen der preußischen Staat zu Grunde gehen, wenn nur auf den Trümmern desselben ihre parlamentarischen Herrschäfte befriedigt würden.

Jeder Erfolg der jüngsten Regierung ist für diese Sorte von Patrioten eine Niederlage. Deshalb werden ihnen alle Mittel recht sein, um dem Government bei der erspriesslichen Lösung der schwelenden Frage Hindernisse in den Weg zu legen.“

Von Seiten der Fortschrittspartei ist neuerdings mehrfach erklärt worden, sie werde alle „gesetzlichen Mittel“ anwenden, um die Regierungspolitik zu bekämpfen. Nun, die Regierung ihrerseits ist sicherlich im Besitz noch wirksamer „gesetzlicher Mittel“, um den verderblichen Bestrebungen dieser Partei abzuhindern zu begreifen. Sie hat die Pflicht, den Staat vor ernstem Schaden zu bewahren, und wird gewiß einer vaterlandseindlichen Partei keinen entscheidenden Einfluß auf ihre Politik verstellen.

[Nichtigkeitsbeschwerde.] Wie es heißt, werden die Herren Dr. Joh. Jacoby und Wackerltag gegen das Urteil des Kammergerichts die Nichtigkeitsbeschwerde einlegen.

[Das „erste deutsche Sängerbundestreffen“] soll in den Tagen vom 22. bis 25. Juli d. J. in Dresden gefeiert werden. Die Anmeldungen müssen bis zum 1. März geschehen bei dem geschäftsführenden Ausschuß in Stuttgart.

[Düsseldorf, 10. Jan. [Preßprozeß]] Vor die Appellkammer des Buchpolizeigerichts war gestern der frühere Redakteur der „Düsseld. Ztg.“, Herr Paul Lindau, unter der Beschuldigung geladen, durch Aufnahme einer Rede Ferdinand Lassalle's, welche dersebe von der hiesigen Appellkammer zu seiner Vertheidigung gehalten hatte, in die „Düsseld. Ztg.“ das Richter-Collegium der Buchpolizeikammer 1 Instanz beleidigt zu haben. Der Kaufmann Gustav Levy, der mit Hrn. Lindau zugleich vor der Buchpolizeikammer stand, war beschuldigt, die aus der genannten Zeitung abgedruckte Rede Lassalle's verbreitet zu haben. Beide Beschuldigten waren vom Gerichte erster Instanz freigesprochen worden, wogegen das öffentliche Ministerium appellirt hatte. Herr Lindau war nicht erschienen und durch Herrn Advokat-Antwalt Bloem I. vertreten; Herr Levy, welcher persönlich anwesend war, wurde durch Herrn Advokat Bloem II. vertheidigt. Die Appellkammer vertrug die Publication des Urteils in die nächste Sitzung, und werden wir dasselbe zur Zeit mittheilen. (Ab. 3.)

[Hagen, 10. Jan. [Nachwahl.] Herr Rechtsanwalt Gerslein, welcher bekanntlich sein Mandat als Abgeordneter des Kreises Hagen niedergelegt hat, erklärt sich in der heutigen „Hag. Ztg.“ gegen den

Candidaten der demokratischen Partei, Herrn Dr. Reinke, und empfiehlt als neuen Wahl-Candidaten den Freiherrn von Soden-Julienfelde bei Jodlant im Kreise Insterburg. Am Donnerstag den 12. findet eine Versammlung der Wahlmänner statt. Herr Fr. Hartfort wird der Versammlung beiwohnen.

Deutschland.

Hamburg, 10. Jan. [Gegen Augustenburg.] In Nord-schleswig ist eine Agitation gegen den Herzog Friedrich von Augustenburg im Werke; die Dänischgefürsten werden eventuell Anschluß an Preußen fordern.

Italien.

Turin, 7. Jan. [Der Ausschussbericht über die September-Ereignisse. — Castellamare. — Spaventa.] Dem Takte und Takt des Vorsitzenden im Ausschusse, der die Untersuchung über die September-Ereignisse anzustellen hatte, Hrn. Buoncompagni, ist es noch in der zwölften Stunde geslückt, den größten Anstoß aus dem Ausschussbericht zu entfernen. Das frühere Ministerium hatte sich schon vorbereitet, sich auf's heftigste dagegen zu wehren, daß ihm in dem Bericht Nachlässigkeit zur Last gelegt war. Dieses scharfe Wort ist nunmehr aus denselben beseitigt worden. Dadurch wird die unvermeidliche Discussion über diese leidige Angelegenheit im Parlamente wesentlich abgekürzt werden. — Der Golf von Castellamare wird ohne Zweifel zum Kriegshafen eingerichtet werden. Von dem Marine-Ministerium ist ein Ausschuss von Offizieren niedergesetzt worden, um an den Küsten von Süditalien den passendsten Punkt zu einem Kriegshafen auszusuchen, da der Hafen von Neapel weder groß noch sicher genug ist. Dieser Ausschuss wird sich ohne Zweifel für Castellamare aussprechen. — Die Krankheit Spaventa's gab zu der Beschlagnahme Anlaß, es möchte ihm unmöglich sein, in Gemeinschaft mit seinen Collegen sich wegen der Anschuldigungen Betreffs der September-Ereignisse vor dem Parlamente zu vertheidigen. Ich höre aber, daß er soweit hergestellt ist, um an den betreffenden Verhandlungen Theil nehmen zu können.

Frankreich.

Paris, 9. Jan. [Aus dem Geheimen Rath. — Clericalen.] Die erste Sitzung des Geh. Rathes, an welcher der Prinz Napoleon Theil nahm und zu welcher auch die Minister geladen waren, befaßte sich in der That mit der Decentralisierung. Es wurde geltend gemacht, daß die bisherigen Maßregeln, so gut gemeint sie auch gewesen seien, nicht hinreichend wären, um gute Ergebnisse zu haben. Insbesondere sei den Departementsräthen eine erhöhte Wirksamkeit zu gönnen, indem bei ihnen nicht dieselben Rücksichten obwalten, die es wünschenswert machen könnten, daß sie sich ganz vom Organe der Regierung befreien sollten. Diese Meinung wurde mit großer Wärme von zweien der Anwesenden, von einem Mitgliede des Geh. Rathes und von einem Minister, nämlich vom Prinzen Napoleon und Rouher, verteidigt. Gegenwärtig bereitet der Geh. Rath sich auf Verhandlung der Frage des Unterrichtszwanges vor. Prinz Napoleon ist der Sache des unentgeltlichen obligatorischen Unterrichts zugethan. Herr Duruy, der Unterrichts-Minister, und dessen einflussreicher General-Sekretär, Herr Robert, sind beide auf seiner Seite, ebenso Herr Rouher, und es steht zu erwarten, daß noch andere Mitglieder des Ministeriums und daß auch die Mitglieder des geheimen Rathes in dieser Lebensfrage im Sinne der Civilisation sich aussprechen werden. Unmöglich kann Frankreich noch länger in seiner bisherigen untergeordneten Stellung in dieser Beziehung belassen werden. — Nun haben schon acht Bischöfe auf das Circularschreiben des Cultus-Ministers geantwortet. Natürlich alle im Sinne der beiden Bischöfe von Cambrai u. Montauban.

Omanisches Reich.

Bukarest, 8. Januar. [Die mit der Prüfung des Budgets betraute Commission] der Kammer hat die Vorlage nicht in bloc angenommen, sondern bezüglich der Einnahmen Unrichtigkeiten des Anschlages nachgewiesen und im Ausgabenetat mehrere Posten der Ministerien gestrichen.

Württemberg.

[Madagaskar. — Anarchie.] Laut Nachrichten von der Insel Réunion waren dort am 6. Dezember Briefe aus Madagaskar eingetroffen, denen zufolge auf dieser Insel fortwährend eine vollständige Anarchie herrschte. Der erste Minister, Rainilaiaarivony, hatte eine gegen ihn angezettelte Verschwörung unterdrückt und die Verschwörten nach einer kleinen, 100 Kilometer von der Hauptstadt entfernten Stadt verbannt. Er hatte viel mit den von den Engländern und namentlich von dem bekannten Missionär Ellis in's Werk gesetzten Intrigen zu kämpfen, welche die alte Hovaspartei, die dem Fortschritt feindlich ist, unterstützte. Ellis soll einen größeren Einfluß als selbst der englische Consul, Herr Packham, ausüben.

Breslau, 12. Jan. [Diebstähle.] Geübten wurden: Sonnenstraße Nr. 19 ein Bettluch, gez. A. H., so wie ein Deckbett und ein Kopftisch mit roth gestreiften Drillich-Innentüren und rot lackierten Überzügen, gez. A. H.; von einem Rollwagen ein Fahnden mit Bleimess., gez. A. H. 5756, Gew. 64 Pfd.; auf dem Central-Bahnhof einem Eisenbahn-Schaffner der Dienst-Pels, welchen derselbe in einem Wagon ohne Aufsicht zurückgelassen hatte.

Polizeilich mit Beschlag belegt: ein Paar Damen-Sammet-Schuhe, ein Paar Damen-Sergelobne, zwei Besteck-Messer und Gabeln, ein Taschenmesser und ein wollenes Tuch; sämmtliche Gegenstände sind neu und wahrscheinlich am 24. Dezbr. aus verschiedenen Marktwaren auf dem hiesigen Ringe entwendet worden.

Berloren wurde: eine Tasche, enthaltend 4

